

Senat wartet bei A 281 ab

Urteil über Klagen frühestens in einem Jahr erwartet – CDU-Vorstoß abgeschmettert

VON JUSTUS RANDT

Bremen. Der Versuch der CDU-Fraktion, die rot-grün-rote Regierung in Sachen A 281-Ringschluss auf die Beschleunigungsspur zu drängen, ist zu dem Standstreifen geendet. In der aktuellen Stunde der Bürgerschaft wurde noch einmal deutlich: Fraktionsübergreifend herrscht Einigkeit darüber, dass die Autobahn zur Entlastung dringend erforderlich ist. Meinungsunterschiede bestehen darüber, ob dies mit Druck und über die Köpfe Betroffener hinweg geschehen darf. Nein, meint nicht nur Maike Schaefer (Grüne) als Bürgermeisterin und Mobilitäts- sowie Bausenatorin: „Das gebietet der Respekt gegenüber den klageberechtigten Bürgern und den Gerichten.“

Ein Thema, zu dem fast alle etwas zu sagen hatten. Allein die AfD-Fraktion, namentlich Frank Magnitz, der auch verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion seiner Partei ist, meldete sich zur Autobahn 281 nicht zu Wort. Zu den wenigen Diskussionsbeiträgen der AfD an diesem Sitzungstag zählte die Aussage von Fraktionschef Thomas Jürgewitz, der Bericht über Rechtsextremismus und Frem-

denfeindlichkeit sei eine „Selbstbeweihräucherung“ des linken Spektrums.

Was die A 281 angeht, war der Senat nach mehrheitlicher Auffassung gut beraten, die sofortige Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zum Bau des Ringschlusses auf vorbereitende Maßnahmen zu beschränken, etwa auf die Suche nach Altkästen. Die Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281 hatte einen Eilantrag beim Bundesverwaltungsgericht gestellt, mit dem der prompte Baubeginn verhindert werden sollte. Einer Gerichtsentscheidung und damit einem möglicherweise kompletten Baustopp kam Ex-Verkehrssenator Joachim Lohse Ende Juli mit der vorbehaltlichen Aussetzung zuvor. Unabhängig davon ist in Leipzig eine Entscheidung in der Hauptsache, der Klage gegen die Planfeststellung, anhängig. Mit einem Urteil wird erst in zwölf bis 15 Monaten gerechnet.

Der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder (CDU) hatte für seine Fraktion in der aktuellen Stunde die Forderung vorgetragen, der Planfeststellungsbeschluss zum Bauabschnitt 2.2 der A 281, der sogenannte Ringschluss,

müsse sofort, schon vor dem Urteil, umgesetzt werden. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern scheitern in Bremen immer wieder an der Umsetzung. Sie könnten jetzt den Koalitionsvertrag erfüllen.“ Der steht vor, nach Möglichkeit: bis 2024 die neue Trasse für den Verkehr freizugeben. Nach Meyer-Heders Auffassung ist der – bedägte – Planfeststellungsbeschluss eine solide Grundlage. „Eine Aussetzung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Gelassenheit der Grünen können wir nicht nachvollziehen, die Autobahn ist Voraussetzung für die autofreie Innenstadt.“

Dem widersprach Ralph Saxe (Grüne). Verkehrsentslastung? „Das können wir auch ohne Autobahnring. Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand, hinterlassen verbrannte Erde und machen schlechte Politik für die Stadt.“ Der Senat habe sich „seriös“ verhalten, „sonst wäre sehr wahrscheinlich die Gesamtheit nicht möglich gewesen“. So könne zumindest mit der Kampfmittelsuche und anderen Vorbereitungen begonnen werden. „Am Ende geht es so schneller.“

Die Auffassung teilt Anja Schieman (SPD): „Auch die CDU wäre gut beraten, die Gerichts-

entscheidung abzuwarten.“ Sie erinnerte daran, dass mit Klagen gegen den Bauabschnitt zu rechnen gewesen sei. „Politisch ist das klar, aber rechtlich ist der Weg noch nicht ausgeschöpft“, sagte Nelson Janßen (Linke). Er plädierte dafür, nicht frühzeitig Taktiken zu schaffen, „die möglicherweise wieder rückgängig gemacht werden müssen“.

Das sieht auch Maike Schaefer (Grüne), Bürgermeisterin und Lohses Amtsnachfolgerin, als Senatsvertreterin so. Sie räumte ein, dass die A 281 seit mehr als 30 Jahren Verkehrsnetzen von SPD, CDU und Grünen beschäfte. „Es ist ja Wahnsinn, erst ein Güterverkehrszentrum zu planen und dann zu überlegen: Wie kann ich das anbinden?“, sagte sie. „Wir wollen der Gerichtsentscheidung nicht vorgreifen. Zu den Rechtsfehlern, die die Kläger im Planfeststellungsbeschluss sehen, sage ich jetzt nichts. Es geht um die sorgfältige Abwägung der Folgen unseres Handelns.“

Thore Schäck (FDP) forderte die zügige Umsetzung des Autobahnbaus in der Neustadt: „Wie auch immer, wir haben die Bitte, dass die A 281 nicht unser Stuttgart 21 wird.“

Kommentar Seite 2